

# Krafter Zeitung.

Nr. 83.

Donnerstag, den 11. April

1861.

Die „Krafter Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementpreis: für Krafter 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inzeratgebühren im Intelligenzblatt für den Raum einer vierzeiligen Zeile für 14 Tage 1 Nkr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafter Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

V. Jahrgang.

nementpreis: für Krafter 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inzeratgebühren im Intelligenzblatt für den Raum einer vierzeiligen Zeile für 14 Tage 1 Nkr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafter Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Nr. 3182. praes.

Das hohe k. k. Staatsministerium hat im Einvernehmen mit den hohen Ministerien der Justiz und der Polizei mit dem Erlasse vom 24. I. M. Zahl 1692 St. M. I. anzuordnen gefunden, daß bezüglich des Tragens des Säbels „Karabela“ zu der polnischen Nationaltracht der §. 42 des Waffenpatentes vom 24. October 1852 in Anwendung zu kommen habe.

Das Tragen der „Karabela“ wird daher von der speziellen Bewilligung abhängig gemacht, welche auf dem Lande die Kreisvorsteher und in den Städten Lemberg und Krafter die Polizeidirectoren erteilen werden. Personen, welche eine solche spezielle Bewilligung erhalten, dürfen aber strenge nur diese und keine andere Waffe und auch die „Karabela“ im Sinne des bezogenen Ministerial-Erlasses nur bei den altbekannten aus dem Oberlande „Kontusz“ und dem Unterlande „Zupan“ bestehenden Nationaltracht und bei keinen anderen Kleidern tragen.

Gegen das unbefugte Tragen dieser Waffe werden nach §§. 36, 37 und 38 die k. k. Bezirksämter und k. k. Polizeidirectionen mit der Verfallserklärung der Waffe und Geld- oder Arreststrafen vorgehen.

Dieses wird hiemit zur allgemeinen Kenntniß und strengen Beachtung bekannt gegeben.

Vom k. k. Statthalterei-Präsidium.  
Lemberg, am 30. März 1861.

## Kaiserliches Patent

vom 8. April 1861\*.)

Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich; König von Ungarn und Böhmen, König der Lombarden und Venetien, von Dalmatien, Kroatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illyrien; König von Jerusalem etc.; Erzherzog von Oesterreich; Großherzog von Toscana und Krafter; Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steyer, Kärnten, Krain und der Bukowina; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; Herzog von Ober- und Nieder-Schlesien, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Aufschwiz und Zator, von Teschen, Triaul, Ragusa und Zara; gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol, von Kyburg, Gory und Gradiška; Fürst von Trient und Vrixen; Markgraf von Ober- und Nieder-Lausitz und in Istrien; Graf von Hohenems, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg etc.; Herr von Triest, von Cattaro und auf der Windischen Mark; Großwojwod der Wojwodschast Serbien etc.

finden in der Absicht, um unseren evangelischen Unterthanen des ausburgischen und helvetischen Bekenntnisses in den nachstehenden Ländern, als: dem Erzherzogthume Oesterreich ob und unter der Enns, dem Herzogthume Salzburg, dem Herzogthume Steiermark, den Herzogthümern Kärnten und Krain, der gefürsteten Grafschaft Gory und Gradiška, der Markgrafschaft Istrien und der Stadt Triest mit ihrem Gebiete, in der gefürsteten Grafschaft Tirol und Vorarlberg, dem Königreiche Böhmen, der Markgrafschaft Mähren, dem Herzogthume Ober- und Niederschlesien, dem Königreiche Galizien und Lodomerien mit den Herzogthümern Aufschwiz und Zator, dem Großherzogthume Krafter und dem Herzogthume Bukowina, die ihnen bereits vordem, insbesondere durch Unsere Entschliessung vom 26. December 1848 (R. G. B. 1859 Ergänzungsband 3. 107), sowie in unserem Patente vom 31. December 1851 (R. G. B. Stück II. 3. 3) zuerkannte und in Unserem Diplome vom 20. October 1860 Stück LIV. 3. 225) neuerdings zugesicherte principiell. Gleichheit vor dem Gesetze auch hinsichtlich der Beziehungen ihrer Kirche zum Staate in ungewissen Weise zu gewährleisten und um den Grundsatz der Gleichberechtigung aller anerkannten Konfessionen nach sämtlichen Richtungen des bürgerlichen und politischen Lebens bei Unseren protestantischen Unterthanen in den vorher benannten Ländern zur thatsächlichen vollen Geltung zu bringen, nach Anhörung Unseres Ministerialrathes zu verordnen, wie folgt:

§. 1. Die Evangelischen des ausburgischen und helvetischen Bekenntnisses sind berechtigt, ihre kirchlichen Angelegenheiten selbstständig zu ordnen, zu verwalten und zu leiten.

§. 2. Die volle Freiheit des evangelischen Glaubensbekenntnisses, sowie das Recht der gemeinsamen

öffentlichen Religionsübung ist ihnen für immerwährende Zeiten von Uns zugesichert.

Es werden daher alle früher bestandenen Beschränkungen in Absicht auf die Errichtung von Kirchen mit oder ohne Thurm und Glocken, auf die Erhebung aller religiösen Feiertage, auf die Ausübung der Glaubenslehre entsprechen, auf die Ausübung der Seelsorge, insoweit diese Beschränkungen noch in Übung sein sollten, hiermit außer Kraft und Wirksamkeit gesetzt und für null und nichtig erklärt.

Evangelische, welche keine eigene (Mutter- oder Tochter-) Gemeinde bilden, gehören zu der ihnen am nächsten liegenden Gemeinde ihres Bekenntnisses.

Ferner ist den Evangelischen der Bezug und Gebrauch evangelisch-religiöser und theologischer Bücher, insbesondere der heiligen Schrift oder der Bekenntnisschriften, unversehrt.

§. 3. Die Vertretung und Verwaltung der evangelischen Kirche sowohl ausburgischen als helvetischen Bekenntnisses gliedert sich nach den vier Abstufungen: der Pfarrgemeinde (Dörfergemeinde), des Seniorates (Bezirksgemeinde), der Superintendenten (Landgemeinden) und der Gesamtgemeinde der evangelischen Christen des einen oder des anderen Bekenntnisses.

§. 4. Die Organe des Kirchenregimentes sind:

A) Für die Pfarrgemeinde, deren räumlicher Umfang den Pfarrsprengel bildet,

1. das Presbyterium,

2. die größere Gemeindevertretung.

B) Für die Bezirksgemeinde, deren räumlicher Umfang den Senioratsprengel bildet,

1. der Senior,

2. die Senioratsvertretung (Bezirksversammlung).

C) Für die Superintendenten, deren räumlichen Umfang die einem Superintendenten zugewiesenen Seniorats- und Pfarrsprengel bilden:

1. der Superintendent,

2. die Vertreter der Superintendenten (Superintendenten-Versammlung, Superintendenten-Konvent).

D) Für die Gesamtheit sämtlicher Superintendenten:

1. der k. k. evangelische Oberkirchenrath (die Konsistorien des ausburgischen und des helvetischen Bekenntnisses),

2. Die General-Synode.

§. 5. Jede kirchliche Gemeinde (die der Pfarre, des Seniorats und der Superintendenten, wie die Gesamtgemeinde) ordnet und verwaltet ihre besonderen kirchlichen, Unterrichts- und Wohlthätigkeits-Angelegenheiten und die dazu bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds durch ihre gesetzmäßigen Vertreter, insofern dadurch nicht den allgemeinen Vorschriften oder den gesetzmäßigen Anordnungen der ihr vorgesetzten Behörden entgegengehandelt wird.

§. 6. Die Evangelischen beider Bekenntnisse sind berechtigt, ihre Seelsorger, Senioren und Superintendenten, dann ihre Kirchenkuratoren jeder Kategorie unter Beobachtung der näher festzustellenden Modalitäten frei zu wählen.

§. 7. Der zum Superintendenten Erwählte bedarf vor der Einführung in sein Amt Unserer landesfürstlichen Bestätigung.

§. 8. Die bisher bestandenen evangelischen Konsistorien beider Bekenntnisse in Wien, deren Vorstehung von einer Entschliessung vom 1. September 1859 nur von einem Manne zu führen ist, welcher einem dieser Bekenntnisse angehört, haben fortan die Bezeichnung „k. k. evangelischer Oberkirchenrath“ zu führen und haben ihren Amtssitz auch für die Zukunft in Wien.

Der Vorsitzende und die Räte des k. k. evangelischen Oberkirchenrathes werden von Uns ernannt.

§. 9. Die von der General-Synode beschlossenen Kirchengesetze bedürfen zu ihrer Gesetzeskraft Unserer landesfürstlichen Bestätigung, welche Unser Ministerium bei Uns einholen wird.

§. 10. Zum Vollzuge der in gesetzlicher Weise von evangelischen Gemeinden und kirchlichen Behörden getroffenen Verfügungen und nach ordnungsmäßigem Vorgange gefällter Erkenntnisse, sowie zur Einbringung der den Dienern und Beamten der Kirche und Schule gebührenden Einkünfte und solcher Umlagen, welche zur Erhaltung evangelischer Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitsanstalten mit Genehmigung der Landesstelle auferlegt werden, kann der Schutz und der Beistand der weltlichen Behörden in Anspruch genommen werden. Die weltlichen Behörden haben im Falle der Verweigerung dieses Beistandes ihre

Gründe dem Requirenten ohne Verzug schriftlich zu stellen, wogegen denselben das Recht der Beschwerde bei der höheren politischen Behörde im Wege der vorgesetzten Kirchenbehörde, — des Seniorates, der Superintendenten und des Oberkirchenrathes — zusteht.

§. 11. Es steht den Evangelischen beider Bekenntnisse frei, auf gesetzlich zulässige Weise an jedem Orte nach eigenem Ermessen Schulen zu errichten, an dieselben mit Beachtung der gesetzlichen Vorschriften Lehrer und Professoren zu berufen und den Umfang und die Methode des Religionsunterrichtes selbst zu bestimmen. Der Unterricht in weltlichen Gegenständen ist in den evangelischen Schulen in gleichem Maße, wie es bezüglich der katholischen Schulen der Fall ist, gemäß der allgemeinen Unterrichtsgesetzgebung zu ertheilen, jedoch mit vollständiger Wahrung des confessionellen Charakters.

Für den Schul- und Kirchendienst können mit Genehmigung Unseres zuständigen Ministeriums Ausländer, insbesondere Angehörige der deutschen Bundesstaaten, berufen werden.

§. 12. Die nähere Regelung des evangelischen Volksschulwesens vom kirchlichen Standpunkte bleibt der kirchlichen Gesetzgebung vorbehalten.

§. 13. Die evangelischen Glaubensgenossen können nicht verhalten werden, zu Cultus- und Unterrichtszwecken oder Wohlthätigkeitsanstalten einer anderen Kirche Beiträge zu leisten.

Stolgebühren und ähnliche Leistungen an Geld, Naturalien und Arbeit von Seite der evangelischen an katholische Geistliche, Pfarrer und Schullehrer oder für Zwecke des katholischen Cultus sind und bleiben aufgehoben.

Ausnahmen von dieser Befreiung treten nur ein, wenn Evangelischen die Pflichten des bürgerlichen Patriotats obliegen, oder wenn es sich um Siebzigkeiten handelt, welche grundbücherlich sichergestellt sind, oder kraft einer besonderen Gemeindeverpflichtung auf dem Realbesitze haften, oder endlich wenn die Evangelischen freiwillig die Functionen eines nicht evangelischen Seelsorgers, oder die Dienste eines nicht evangelischen Meßners in Anspruch nehmen, oder den Unterricht einer nicht evangelischen Lehranstalt genießen, für welche Leistungen eine durch Vorschrift oder Übung bestimmte Entlohnung zu entrichten ist.

§. 14. Für die Evangelischen beider Bekenntnisse sind bei der Regelung und Handhabung ihrer kirchlichen Angelegenheiten ohne Ausnahme lediglich und ausschließlich die Grundsätze ihrer eigenen Kirche maßgebend.

In Ehefachen haben vorläufig die Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über Ehehindernisse und Eheverbote in Wirksamkeit zu bleiben.

Nach Feststellung des materiellen und formellen protestantischen Eherechtes und nach Kundmachung der Uebergangsbestimmungen, welche Wir zu erlassen uns vorbehalten, soll die Gerichtsbarkeit über evangelische Eheangelegenheiten ausschließlich von evangelisch-kirchlichen Gerichtsbehörden ausgeübt werden.

§. 15. Geistliche unterliegen in Disciplinar-Angelegenheiten den kirchlichen Gerichtsbehörden.

Ueber weltliche Rechtsfachen der Geistlichen, wie Verträge, Schulden, Erbschaften, entscheidet das weltliche Gericht.

Wenn Geistliche wegen Verbrechen, Vergehen oder Uebertretungen von dem weltlichen Gerichte in Untersuchung gezogen werden, so liegt es diesem ob, hiervon die betreffende Superintendenten ohne Verzug in Kenntniß zu setzen.

Ebenso ist von dem gefällten Urtheile und den Beweismitteln desselben der Superintendenten ungesäumt Mittheilung zu machen. Bei Verhaftung und Festhaltung eines Geistlichen sind jene Rücksichten zu beobachten, welche die seinem Berufe gebührende Achtung erheischen.

§. 16. Unser landesfürstliches Oberaufsichts- und Verwaltungsrecht über die evangelische Kirche wird — die Unseren eigenen Beschlüsse vorbehaltenen Fälle ausgenommen — in höchster Instanz durch Unser Ministerium, in welchem für die evangelischen Unterrichts- und Kultusangelegenheiten eine eigene, aus evangelischen Glaubensgenossen gebildete Abtheilung fortbestehen wird, nach den in diesem Patente festgestellten Grundsätzen ausgeübt werden.

Die Leitung der evangelischen Schulen und die Ausübung der obersten staatlichen Aufsicht über dieselben kann nur Männern anvertraut werden, die dem einen oder dem andern evangelischen Glaubensbekenntnisse zugehörig sind.

§. 17. Die Verschiedenheit des christlichen Glaubensbekenntnisses kann in jenen Ländern, für welche

dieses Patent erlassen ist, kein Unterschied in dem Genuße der bürgerlichen und politischen Rechte begründen.

Es haben daher alle Beschränkungen oder Dispensertheilungen, welche in Absicht der Ausübung dieser Rechte durch die Evangelischen beider Bekenntnisse, so wie ihres Zutrittes zu öffentlichen Aemtern in der Staatsverwaltung, bei den Gerichtsstellen, Gemeindebehörden u. s. w. bestanden haben oder vorgeschrieben waren, insoweit dieselben noch in Übung sein sollten, hiermit außer Kraft und Wirksamkeit zu treten. Die Nothwendigkeit einer Dispens entfällt auch bei Erlangung akademischer Grade und Würden, insoweit in letzterer Beziehung nicht stiftungsmäßige Bestimmungen im Wege stehen. Als Staatsbürger, dann als Angehörige einer politischen Gemeinde haben sie volle Berechtigung zum Genuße des Gemeindevermögens und den Vortheil aller derjenigen nicht stiftungsmäßig confessionalen Anstalten der Wohlthätigkeit, der bürgerlichen und militärischen Erziehung, sowie des Volks- und wissenschaftlichen Unterrichtes, welche der Staat oder das Kronland, welchem sie angehören, oder die bürgerliche Gemeinde, deren Mitglieder sie sind, ganz oder theilweise unterhält.

§. 18. Die evangelischen Kirchengemeinden (Pfarren, Seniorate und Superintendenten) sind berechtigt, Eigentum auf jede gesetzliche Weise zu erwerben.

§. 19. Der Besitz und Genuß der für ihre Kirchen-, Unterrichts- und Wohlthätigkeits-Zwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds ist ihnen gestattet.

Stiftungen für evangelische Kirchen-, Schul- und Wohlthätigkeits-Anstalten dürfen nur ihrer Bestimmung gemäß verwendet werden.

Streitigkeiten über die Bestimmung und Verwendung von Kirchen-, Schul- und Stiftungs-Vermögen werden von den kirchlichen Gerichtsbehörden entschieden.

§. 20. Die Evangelischen beider Bekenntnisse werden zur Befreiung ihrer kirchlichen Bedürfnisse, abgesehen von demjenigen, was bisher schon aus Staatsmitteln für evangelische Unterrichts- und Cultuszwecke geleistet worden ist, jährliche Beiträge aus dem Staatsschatze erhalten, wie Wir dies bereits mit Unserer Entschliessung vom 11. Mai 1860 ausgesprochen haben.

§. 21. An evangelischen Lehranstalten, welche aus Staatsmitteln errichtet wurden und gemäß Unserer Absicht künftig errichtet werden sollen, können nur Angehörige des einen oder des anderen evangelischen Bekenntnisses angestellt werden.

§. 22. Evangelischen ist es gestattet, Lehranstalten des evangelischen Auslandes unter Beobachtung der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften frei und ungehindert zu besuchen.

§. 23. Zur Förderung ihrer kirchlichen und Unterrichts-Zwecke können die Evangelischen, mit Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen, im Inlande Vereine bilden und mit gleichartigen evangelischen Vereinen des Auslandes in Verbindung treten.

§. 24. Alle in diesem Patente nicht ausdrücklich hervorgehobenen, die staatsrechtliche Stellung der Evangelischen des ausburgischen und helvetischen Bekenntnisses in den Eingang benannten Ländern betreffenden Angelegenheiten sind nach dem Grundsätze der allen gesetzlich anerkannten Kirchen- und Religions-Gesellschaften zugesicherten Selbstständigkeit in Ordnung und Verwaltung ihrer confessionellen Angelegenheiten zu beurtheilen und zu behandeln und sind alle Verordnungen und Vorschriften, welche mit diesem Grundsätze und mit den vorangeführten Bestimmungen nicht im Einklange stehen und deren Beschaffenheit nicht von der Art ist, daß die Möglichkeit ihrer Verrückung erst von der Festsetzung neuer sofort im zuständiger Weise einzuleitender Bestimmungen abhängig ist, als ohne weiteres entfallen und aufgehoben zu betrachten.

§. 25. Dagegen darf bei der Ausführung dieser Bestimmungen weder Unseren Majestätsrechten, welche Wir hiedurch für immerwährende Zeiten ausdrücklich gewahrt wissen wollen, Eintrag geschehen, noch den gesetzlich anerkannten Rechten einer anderen Kirche oder Konfession innerhalb ihrer eigenen Sphäre nahe getreten werden.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien am Achten April im Eintausend Achtzehnten einundsechzigsten, Unserer Regierung im dreizehnten Jahre.

Franz Joseph m. p.  
Erzherzog Rainer m. p.  
Schmerling m. p. Degenfeld m. p. F. M.  
Auf Allerhöchste Anordnung:  
Freiherr v. Ransonnnet m. p.

\*) Entfallen in dem am 10. April 1861 ausgegebenen XVIII. Stücke des Reichsgesetzblattes unter Nr. 41.



Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Rabinets-Befehl vom 24. März d. J. dem siebenbürgischen römisch-katholischen Schulrathe und Probst Dr. Karl Feszl in Anerkennung der Verdienste, welche er sich als Professor und Pfarrer in Fünfkirchen, besonders aber in seiner gegenwärtigen Stellung als Schulrath erworben hat, den Orden der eisernen Krone dritter Klasse zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 1. April d. J. dem Landesgerichtsrathe in Graz Joseph Teichinger in Anerkennung seiner Verdienste um das Gefängniswesen bei dem k. k. Landesgerichte das Ritterkreuz Allerhöchster Franz-Josephs-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 28. März d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der k. k. Polizeikommissär Adolph Hagky in Wien den kaiserlich preussischen rothen Adler-Orden vierter Klasse annehmen und tragen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Oberlieutenant im k. k. 1. Infanterie-Regimente Franz Freiherrn v. Schrenk und dem Oberlieutenant im k. k. 1. Infanterie-Regimente Alois Grafen v. Reichberg die k. k. Raimterwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

## Nichtamtlicher Theil. Krafsau, 11. April.

Die Eröffnung des dalmatinischen Landtages fand, nachdem am 6. l. M. die kirchliche Feierlichkeit unter Anwesenheit der Landtags-Abgeordneten abgehalten worden war, am 8. d. statt. Der landesfürstliche Commissär stellte den Präsidenten des Landtages Petrowich der Versammlung vor und machte die Regierungsvorlagen bekannt, wozu nach der Landtags-Präsident den Landtag mit einer gehaltvollen, allgemein befriedigenden Ansprache eröffnete. Hierauf folgte die Wahl der Schriftführer und wurde für die Debatte der Gebrauch der italienischen und illyrischen Sprache mit Gleichberechtigung beider beschlossen. Zur Prüfung der Wahlen wurden Comités zusammengesetzt. Am 11. d. dürfte die zweite Landtags-Sitzung stattfinden.

Ueber die Landtags-Sitzungen vom 8. u. 9. d. liegen folgende tel. Berichte vor:

Am 9. d. Mts. fand keine Sitzung des niederrösterreichischen Landtages statt. Die Wahlprüfungs-Commission hatte ihre Arbeiten nicht beendet und deshalb erschien eine Vertagung notwendig. Mit Ausnahme der Wahl des Herrn Bang, Eigenthümers der „Presse“ (derselbe wurde im J. 1854 in einem Proceß verhaftet), dürften sämtliche Wahlen unbeanstandet bleiben.

Salzburg, 8. April. Der Landtag hat heute den Entwurf der Adresse an Se. Majestät genehmigt. Ein aus sieben Mitgliedern bestehendes Comité wurde gewählt zur Vorberatung wegen Bildung des ständigen Ausschusses der Bezüge derselben. Mittwoch findet die Wahl der Abgeordneten zum Reichsrathe statt.

Lin, 8. April. In der heutigen Landtags-Sitzung wurde mit Akklamation eine Loyalitäts-Adresse an Se. Majestät, die Ueberreichung derselben durch eine Deputation und eine Vertrauensadresse an das Ministerium beschlossen.

Prag, 8. April. Landtags-Sitzung: Vorlesung des Protokolls. Debatte über die Sprache des Protokolls. Der Landtag einigt sich für die Abfassung und Vorlesung in beiden Sprachen, und zwar soll abwechselnd der deutsche und der böhmische Text zuerst vorgelesen werden. Klauß und Niegler beantragen eine Wahlcommission von neun Mitgliedern aus dem ganzen Landtage, Fürst Auerberg und Graf Ehem die Wahl der Comité-Mitglieder nach drei Kurien. Die Grundbesitzer und die deutschen Abgeordneten lehnen die Wahl aus drei Kurien durch. Vorlesung der Wahlakten.

Prag, 9. April. Der Landtag hat beschlossen, die Ausdrücke „Tschechen“ und „Tschechisch“ in den Protokollen zu vermeiden und dafür die Worte „Böhmen“ und „böhmisch“ zu gebrauchen. Der Statthalter bringt die Regierungsvorlagen auf Wahl der Reichsräthe und der Landesausschüsse zur Vorlage. Wawra's Wahl wurde für ungültig erklärt. Eine Petition politischer Beurlaubter um die Wiedereinsetzung in den Vollgenuß ihrer bürgerlichen Rechte wird eingebracht.

Brünn, 9. April. Heute fand die zweite Sitzung des Landtages statt; von Seite der Commission wurde nur die Wahl für Hohenstadt beanstandet. Der Statthalter und der Landeshauptmann nahmen die Beidigung der Abgeordneten vor, worauf ersterer das Diplom vom 20. October übergab und die Regierungsvorlagen mittheilte. Die vom Landeshauptmann vorgeschlagene Geschäftsordnung wurde enblos angenommen und hierauf eine Dankadresse an Se. Majestät vorgetragen, welche durch eine Deputation von neun Mitgliedern überreicht werden soll. Fürst Salm überreichte einen Protest, welcher, indem er der Zeitvertheilung wegen den Landtag anerkennt, Verwahrung wegen Verlust der ständischen Rechte einlegt. Dr. Prasthal überreichte einen Protest gegen die Wahlordnung, in welchem auf das zwischen Böhmen und Mähren bestehende „staatsrechtliche“ Verhältnis hingewiesen wird. Die Majorität beschließt auf Salm's Antrag die Nichtaufnahme dieser Proteste in das Protokoll und Uebergang zur Tagesordnung. Fürst Salm protestirt, unter Clavaturen von der Galerie, dagegen.

Troppau, 8. April. Beim Beginne der Sitzung wurde das Protokoll über die erste Sitzung vorgenommen. Das Comité zur Prüfung der Wahlen hat dieselben richtig befunden. Hierauf erfolgte das Angebots- und zwar von Seite des Landeshauptmannes Graf Larisch und dessen Stellvertreter Dr. Hein in die Hand des k. k. Regierungskommissärs Grafen Belcredi und von Seite der übrigen Landtagsmitglieder in die Hand des Landeshauptmannes. Ueber die Art und Weise der Veröffentlichung der Landtagsverhandlungen haben die Verifikatoren in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten. Der k. k. Regierungskommissär ließ eine Vorlage, in der als dringende Aufgabe des

Landtages die Wahl der Reichsrathsmitglieder bezeichnet wird. Ferner hätte derselbe einen Ausschuss zu ernennen und sich dann bis nach Beendigung der Session des Reichsrathes zu vertragen, worauf der Landtag neuerdings zusammentreten sollte. Der Landtags-Ausschuss habe außer seinen übrigen Geschäften heuer ausnahmsweise die Aufgabe, das Präliminare für das Jahr 1863 anzufertigen und Sr. Majestät zur Sanction zu unterbreiten. Von mehreren Mitgliedern wurde eine Dankadresse an Se. Majestät beantragt und von der Versammlung angenommen, worin zugleich das Vertrauen zu dem hohen Ministerium ausgesprochen und einem aus fünf Personen bestehenden Comité zur Berichterstattung übergeben wird. Abgeordneter Schneider stellt den Antrag, der Landeshauptmann möge die ihm gebührende Wohnung im Landhause beziehen; derselbe wurde einstimmig angenommen. In der morgigen Sitzung findet die Wahl der Mitglieder für den Reichsrath statt.

Troppau, 10. April. Heute war der Andrang des Publicums zum Zuschauerraum im Sitzungssaale des Landtages ein sehr großer. Die Sitzung wurde um halb 11 Uhr eröffnet; es hatten sich zu derselben 29 Deputirte eingefunden. Die Drucklegung der stenographischen Berichte und die Herstellung einer Wohnung für den Landeshauptmann wurde beschlossen; ferner wurde vom Comité beantragt, daß ein für die Abhaltung der Landtage geeignetes Gebäude auf Landeskosten hergestellt werde. Hierauf wurde die bereits bekannte Wahl der Reichsraths-Abgeordneten vorgenommen.

Laibach, 8. April. Graf Anton Auersperg hielt eine glänzende Rede über das Verhältnis zu Ungarn. Dr. Thoman über die Sprachenfrage. Bleimweiß stellt einen Antrag wegen Unverantwortlichkeit der Landtags-abgeordneten.

Steierischer Landtag. In der Sitzung von gestern (9.) legte der Abgeordnete Dr. Reichbauer Protest gegen die Wahl von Reichsrathsmitgliedern ein, da die betreffende Regierungsvorlage eine Aenderung des Staatsgrundgesetzes sei und nur auf verfassungsmäßigen Wege zu Stande kommen könne.

Pest, 9. April. Die Abgeordneten-Kammer beschäftigte sich heute mit der Constatirung ihrer Bureau's. Die Sitzung entbehrte jedes höheren Interesses. Der „Pester Lloyd“ bringt einen höchst energischen Protest, den gestern das Graner Comité hinsichtlich des Februar-Patentes und der Absicht österreichischer Minister, sich in ungarische Angelegenheiten zu mischen, gestiftet hat. Apponyi ist heute nach Wien gereist.

Vom Carlthaler Congress, dessen Verhandlungen bekanntlich am 3. d. M. begonnen haben, verlautet bis jetzt wenig Verlässliches. Die Serben haben übrigens ihre Wünsche in einem Plakate formuliert, welches auf der böhmischen Druckerei zu Neufch hervorgegangen. Das Plakat ist „Stimme des serbischen Volkes“ überschrieben und sein Motto lautet: „Volles Stimme, Gottes Stimme.“ Man wünscht keine Trennung von Ungarn, aber Wahrung der nationalen Autonomie, keinen Staat im Staate, sondern ein großes Comité unter dem Namen „serbische Wojwodschafft“, deren Wojwod Baro regni major sein, in Neufch seinen Sitz und einen jährlichen Gehalt von 40.000 fl. haben soll. Er muß ferner aus dem Civilstande sein. Zur ungarischen Gerichtstafel, wie zur ungarischen Hoffkanzlei soll je ein Rath sammt einigen Mitgliedern aus den Wojwodiner Serben gewählt werden, welche mit der serbischen Wojwodschafft ausschließlich serbisch zu correspondiren haben. Die Farben der Wojwodschafft sollen national sein: roth, blau, weiß; ihre Religion soll von nun an nicht mehr „griechisch nicht unirt“, sondern „oriental-orthodox“ heißen. Der König von Ungarn endlich soll immer den Titel: „Großwojwod der Wojwodschafft Serbien“ führen.

In Paris war am 6. d. folgender Brief des Kaisers an den Hrn. Murat im Umlauf: „Mein Cousin! Indem Sie Ihren Brief über Neapel veröffentlichten, haben Sie das Andenken Ihres Vaters und die Politik meiner Regierung beleidigt; Sie haben vergessen, was Sie mir, als Ihrem Verwandten und Souverän, was Sie sich selber, als einem französischen Prinzen und Senateur, schuldig sind. Nach Anhörung meines Familienrathes habe ich bestimmt, daß Sie eine sechsmonatliche Reise ins Ausland unternehmen.“ Auf den ersten Blick schreibt der Pariser — Correspondent der N. Z., sieht man, daß dieser Brief untergeschoben ist, aber heute geben unzählige Abschriften von Hand zu Hand, begleitet von dem Gerüchte, eine Deputation der Freimaurerloge sei im Schlosse Bouzenval, dem Wohnsitz Murat's, erschienen, um ihn aufzufordern, seine Entlassung als Großmeister des großen Ordens der Stankreuz einzureichen. Das Alles ist Gerücht von Frankreich. Allerdings hat der Kaiser an Murat geschrieben, aber im Wesentlichen dieses: „Durch die Veröffentlichung Deines Briefes, mein lieber Vetter, hast Du eine Polemik hervorgeufen, welche die Schwierigkeiten vermehrt, denen gegenüber ich mich befinde. Ich bitte Dich doch künftig Dich zurückzuhalten.“ Wir haben hier, nicht zu untersuchen, ob dies ernstlich gemeint ist, oder ob sonst etwas dahinter steckt.

Die Nachricht von der durch den schweizer Bundesrath ausgesprochenen Anerkennung des einheitlichen Italiens ist nach Berner Berichten verfrüht. Der „Frankf. Post.“ schreibt man aus Bern, 3. April: Es bestätigt sich, daß Piemont als Präsesale gegen den von Zessin auf die bischöfliche massischen Tafelgüter gelegten Sequester seinerseits Sequester auf die schweizerischen Freiplätze im Kanton Vorromm zu Mailand gelegt hat. Die hierüber zwischen dem Bundesrath und dem Turiner Rabinet gewechselten Noten sind in lebhaften, nicht selten in gereizten Ausdrücken abgefaßt. Auffallend hierbei ist es, daß, während die letzte piemontesische Note entschieden feindselig lautet, die mündlichen Aeußerungen des Grafen Cavour einen äußerst freundlichen

Ton anstimmten. Der sardinische Premier soll nemlich dem schweizerischen Gesandten erklärt haben, er denke nicht daran, die Sache auf die Spitze zu treiben, er sei im Gegentheil überaus geneigt in Unterhandlungen über ein definitives Arrangement der Bisthumsfrage zu treten; die Sequesterung des Mailänder Kollegs sei nur gewissermaßen als ein Akt der Nothwehr zu betrachten, da die Veröffentlichung der beiden letzten sardinischen Noten, welche der Bundesrath anordnete, das italienische Ehrgefühl habe verletzen müssen und auf eine solche Maßregel hin ein direktes Nachgeben von Seite Turins als unmöglich erschienen sei. Ueberdies mache sich Graf Cavour anheischig, dem Sequester der Vorrommischen Freiplätze ein Jahr lang keine praktische Folge zu geben und behufs mittelweiliger Unterhandlungen über die Vereinigung der Bisthumsfrage Kommissäre zu ernennen, sobald der Bundesrath die seinigen ernennen werde. Da dieses nun geschehen ist, so werden die Unterhandlungen bald beginnen. Ob sie zu einem Ziele führen, müssen wir abwarten. Aus dem ganzen Benehmen der Turiner Regierung seit dem letzten Krieg schöpft man hier den gewiß nicht ganz unbegründeten Verdacht, Piemont wolle mit der Schweiz ein etwas gespanntes Verhältnis, um bei den sich vorbereitenden Ereignissen, wie es sein Vortheil erheischt, eine Stellung gegen die Eidgenossenschaft einnehmen zu können. Unsere Presse ruft den Mächtern auf der eidgenössischen Zinne zu: hütet Zessin und Gens!

Die Einladung zu Konferenzen um die Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes zu sichern, die wir jüngst kurz erwähnten, ist von Spanien an Frankreich, Oesterreich, Portugal und Baiern ergangen. Belgien hat bis jetzt noch keine Einladung erhalten. Die Konferenzen sollen im Ministerium des Auswärtigen in Paris durch die gewöhnlichen Vertreter der genannten Mächte abgehalten werden. Napoleon III. hat den Vorschlag scheinbar günstig aufgenommen. Er benutzt ihn wohl, um Zeit zu gewinnen und dem Papi neuerdings unannehmbare Vorschläge zu machen.

Aus Konstantinopel, 4. April, wird telegraphirt, daß die Pforte den Großmächten in einer Denkschrift die Nothwendigkeit der Blokade im adriatischen Meere auseinandergesetzt habe. Die Protokolle der europäischen Kommission in Beirut sind in Konstantinopel angekommen und beweisen, daß die Mitglieder derselben nicht in Uebereinstimmung sind.

Wie der „N. Pr. Ztg.“ aus London geschrieben wird, werden recht bald englische Schiffe im adriatischen Meere erscheinen; auch hat die Pforte Subsidien von England erhalten. Das englische Cabinet soll nämlich über einen großen Theil der 75 Millionen, die ihm von dem Credite für die chinesische Expedition übrig geblieben sind, zu Gunsten der Pforte verfügt haben.

Die Erklärung des Verfassungsausschusses der holländischen Stände lautet nach Berichten aus The Hague vom 8. April dahin: Den Ständen sei kein Budget vorgelegt worden, die Finanzbestimmungen für das Jahr 1861 — 62 seien längst gesetzlich festgesetzt und seitdem nicht aufgehoben worden. Den Ständen sei zur Prüfung keine Gelegenheit geboten, und jetzt statt des Beschließungsrechtes über das Budget nur diesmal eine Begutachtung ohne Aufsicht auf einen Erfolg zugestanden worden. Gegen die werthvolle Zugeländnis konnten die Stände auf eine Bundesforderung nicht verzichten und auf die Behandlung der Budgetvorlagen nicht eingehen.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 9. April. Mehrere Damen der hiesigen Aristokratie beabsichtigen 3. Maj. der Kaiserin Elisabeth bei deren Rückkunft von Madeira einen besonders feierlichen Empfang zu veranstalten, an welchem sich namentlich die Damenwelt Wiens sehr zahlreich betheiligen wird.

Se. k. Hoh. der Herr Erzherzog Ferdinand Max wird heute von Triest hier eintreffen. Der Bundes-Präsidentialgesandte Herr Baron von Kübeck wird heute nach Frankfurt zurückkehren.

Herr Baron v. Hübnert hat bis jetzt weder Audienz gehabt noch sonst einen dienstlichen Verkehr angestrichelt.

Fürst Paul Esterhazy ist von Pest zurückgekehrt. Die Minister Ebl. von Plener und Ritter von Schmerling werden sich, wie wir mit Bestimmtheit vernehmen, zu derjenigen Sitzung des böhmischen Landtages, in welcher dieser seine Abgeordneten zum Reichsrathe ernennen, nach Prag begeben. Beide sind bekanntlich Mitglieder des böhmischen Landtages, und Beide wollen um die Ehre, Böhmen im Reichsrathe zu vertreten, candidiren.

Der vorsichtigste Landtag ist unstreitig der oberösterreichische. Unter den schon in der ersten Sitzung eingebrachten Anträgen befindet sich einer, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Unverantwortlichkeit für die im Landtage gehaltenen Reden und über die Exemption der Sitzungspresidialen vor jeder strafgerichtlichen Verfolgung. Der Kreis der böhmischen Landtagsabgeordneten hatte noch vor seinem Zusammentreten den Todesfall eines seiner Angehörigen zu beklagen. Den Abgeordneten des Großgrundbesitzes, Herrn Maximilian Appellauer, traf, wie die Prager Ztg. vernimmt, das Unglück, von einem Stier mit den Hörnern so schwer verletzt zu werden, daß er an den Folgen der Verletzung starb.

Der neue Gemeinderath von Wien wird heute insallirt: jedoch will er seine Thätigkeit nicht, wie es die Geschäftsordnung vorschreibt, mit der Ernennung des Bürgermeisters beginnen. Vielmehr sind die liberalen Mitglieder übereingekommen, diese Wahl zu vertagen und die Führung der Amtsgeschäfte vorläufig in den Händen des früheren Polizeipräsidenten

Capla zu belassen. Indem Herr von Kalchberg in Folge seiner Ernennung zum Bismarckschall von der Bewerbung um die Bürgermeisterstelle zurückgetreten sein soll, werden nur noch der Baumeister Mayr und der Kaufmann Dr. Mayerhoffer als Candidaten für jenen Posten genannt.

In Pest wurde am 7. d. die Zählung der bei der Neuwahl der hiesigen städtischen Repräsentanz abgegebenen Stimmen geschlossen und es ergab sich dabei, daß eine bedeutende Anzahl von Stimmen auf viele Emigranten und berühmte Persönlichkeiten des Auslandes fiel. Namentlich erhielt Ludwig Kossuth 976, Georg Klapka 933, Stephan Türr 835, Moriz Perczel 735, Franz Pulszky 597, Georg Kmetz 433, F. Wetter 456, Kaiser Napoleon III. 213, König Victor Emanuel 183, Prinz Napoleon 92, Garibaldi 437, Binde 38 Stimmen. Auch auf Graf Cavour, General Cialdini und den engl. Legationssekretär Dunlop waren mehrere Stimmen gefallen.

Die Instruction für die siebenbürgischen Obergespanne sind schon hinabgelangt; sie sollen, wie „Korunk“ vernimmt, den ungarischen Obergespann-Instructionen sehr ähnlich sein. Wie „Kol. Közl.“ vernimmt, haben die siebenbürgischen Obergespanne bereits Privat-Conferenzen gehalten und sich für die Organisation der Comitats auf Grund der 1848er Geseze ausgesprochen. — Das Krafsauer Comitats, welches in Folge der Wiedereinverleibung der Partes zu Ungarn angeschlossen werden sollte, hatte diese Einverleibung abgelehnt, da es in der Annahme derselben eine Verlängerung der im Jahre 1848 ausgesprochenen Union erblicken würde. Der Maroser Stuhl hat nach den „N. N.“ aus demselben Grund die Beschickung des siebenbürgischen Landtages verweigert. — Im Zander Comitats wurden die Ungarn, angeblich in Folge der Einwirkung des Obergespanns Pipo, von den Romanen in den Hintergrund gedrängt. In den Auschuß gelangten nur 26, von den ersteren neben 160 Romanen; die Bestimmung soll in Folge dessen unter den Ungarn bedeutend sein.

## Deutschland.

Nach einem Schreiben des Dresdn. Journals aus Frankfurt ist die Notiz, nach welcher die Bundesmilitärcommission bereits mit den Verarbeiten beschäftigt sei, um eintretenden Falles sofort bestimmte Vorschläge wegen Bildung einer besonderen Bundesbrigade für die Küstenverteidigung machen zu können, ungegründet. Die Militärcommission oder vielmehr die Bevollmächtigten dieser Behörde sind gerade daran, die Abstimmungen über das die Küstenbefestigungsangelegenheit betreffende Referat ihrer Referenten, des bairischen Militärbevollmächtigten, abzugeben. Die erste darüber abgegebene Abstimmung ist bis jetzt diejenige des preussischen Bevollmächtigten. Das Referat faßt wohl, gleich dem ersten Gutachten Preussens und der Uferstaaten, die Aufstellung einer besonderen Brigade zur Küstenverteidigung in das Auge, allein von Vorverhandlungen über diese eine Detail der Vorschläge ist vorerst nichts zu vernehmen. Sobald die Einigung über die Hauptsache selbst erfolgt sein würde, wäre die Angelegenheit der Aufstellung einer besonderen Brigade eine leicht zu erledigende. Dieselbe bedarf nicht schon heute der Vorarbeiten.

Die Kommission von Generalstabs-Offizieren der österreichischen, preussischen bairischen und hannoverschen Armee, welche zur Ermittlung der Leistungsfähigkeit der deutschen Eisenbahnen in Bezug auf Beförderung von Bundesstruppen in Berlin eingetroffen war, ist zu gleichem Zwecke von dort nach Breslau abgegangen.

In Braunschweig wurde in der Sitzung der Abgeordnetenversammlung vom 6. d. eröffnet, daß das Staatsministerium die Gewerbegesetzgebung nach den Grundrissen der Gewerbefreiheit einer Prüfung unterwerfen und von dem Resultate demnächst Mittheilung machen werde.

Der allgemeine deutsche Handelstag tritt am 13. Mai in Heidelberg zusammen.

## Frankreich.

Paris, 7. April. Der heutige „Moniteur“ enthält das kaiserliche Dekret, welches die Convention über die Regulirung der Grenze zwischen Frankreich und Sardinien promulgirt. Im Senat kam gestern die Petition eines Herrn de Bauxonne zu Lyon vor, daß die vom Kaiser Napoleon I. verliehenen Adelstitel für erblich erklärt werden möchten, auch wenn kein Majorat vorhanden, an dem sie haften. Die Kommission (Berichterstatler Graf Casabianca) befürwortet dieses Anliegen und empfiehlt die Ueberweisung an den Justizminister. Graf Groffolles Flamarens verlangt die Petition, die höchst wichtig sei, erst gedruckt zu sehen, und will die Discussion darüber verschoben wissen, was auch geschieht. — Ein kaiserliches Dekret verordnet die Zählung sowohl der europäischen wie eingebornen Bevölkerung Algeriens im Laufe dieses Jahres. — Ein kaiserliches Dekret vom 9. März bestimmt, daß Agenten zur Beförderung von Auswanderern die Ermächtigung dazu nur erhalten können, wenn sie eine Caution von 15 bis 14.000 Fr. stellen. — Es wird berichtet, daß Herr Gasse, Mitglied der Redaction des Journals „La Presse“, gestern verhaftet und nach Mazas gebracht worden. Die Verhaftung soll mit der Mordthat in Verbindung stehen. — Das für die Telegraphenlinie zwischen Toulon und Ajaccio bestimmte Tau befindet sich bereits in Arbeit. Die Administration hat die Hälfte der Lieferung in einer Länge von 170 Kilometer übernommen. Man hofft, diese Linie im Laufe des Juni zur Verfügung der Regierung stellen zu können. — Man erzählt hier, der Kaiser habe es nicht gestattet, daß der Minister Rouher der Einweihungsfeier der Brücke von Reims wohne. Auch heißt es, daß von der Liste der zu Decorationen Empfohlenen die deutschen Ingenieure gestrichen seien.



In einem Pariser Schreiben der „N. Z.“ vom 7. d. heißt es: Ueber die Zusammenkunft in Brescia, die heute stattfinden sollte, herrscht bisher noch großes Dunkel. Sicher ist, daß die einflussreichsten Mitglieder der verschiedenen Emigrationen dorthin abgereist sind, und daß Garibaldi's Ankunft in Turin mit dieser Zusammenkunft in Verbindung steht. Garibaldi kam am 3. in Turin an, und obgleich krank, hatte er am 4. eine Zusammenkunft mit Victor Emanuel, die mehrere Stunden dauerte. Bis jetzt weiß Niemand, was in dieser Zusammenkunft, der nicht einmal Cavour beiwohnte, beschlossen worden ist.

Ein Pariser Corr. der „N. Z.“ schreibt: Die Beziehungen zwischen dem Fürsten und der Fürstin von Metternich einerseits und dem hiesigen Hofe andererseits sollen äußerst gut sein. So hat jetzt Fürst Metternich das ehemalige Hotel des Grafen von Persigny gemietet, da der Mieth-Contract für das bisherige österreichische Gesandtschaftshotel zu Ende war, und der Kaiser hat der Fürstin Metternich, die sich nicht zur nöthigen Zeit alle nöthigen Mobiliargegenstände verschaffen konnte, die Möbel der Krone zur Verfügung gestellt, um das ihr Fehlende daraus zu wählen.

Wir lesen in der Patrie: „Mehrere fremde Blätter melden, es seien beunruhigende Nachrichten aus Cochinchina eingetroffen. Wir glauben versichern zu können, daß die Mittheilungen gänzlich unbegründet sind. Die neuesten Nachrichten aus Saigon besagen, daß die Situation des in Cochinchina befindlichen Expeditionscorps sowohl in militärischer als sanitätlicher Hinsicht eine ganz ausgezeichnete ist.“

#### Spanien.

Die „Correspondencia“ theilt folgende telegraphische Depesche aus Madrid vom 3. April mit: „Briefe aus Aetuan vom 30. März bestätigen die Erhebung der Kabylen. Ein Maulthiertreiber ist ermordet worden.“ — Man sagt, daß Miramon die Absicht habe, sich in Catix niederzulassen. Ein Brief aus der Havana sagt, daß der General Miramon (Ex-Präsident der Republik Mexiko) noch immer seine Familie auf Cuba erwarte. Er ist ein junger Mann von 28 bis 30 Jahren. Er lebt auf der Insel, als wenn es sein eigenes Land sei. Leute, welche mit ihm sprachen, bezeugen, daß er von der spanischen Antillen-Armee entzückt sei, und daß er mehr als einmal geäußert habe: „Mit dieser Armee wäre ich im Stande, Mexiko in einem Monat zu erobern.“

#### Italien.

In der Sitzung des piemontesischen Senats vom 2. d. M. theilte der Vice-Präsident ein Schreiben des Marchese Brignole-Sale mit, in welchem derselbe seinen Austritt aus dem Senate anzeigt. Als Veranlassung dieses Schrittes bezeichnet der Marchese den Beschluß des piemontesischen Parlaments, dem König Viktor Emanuel den Titel eines Königs von Italien zu verleihen. „Diese Veränderung — so schreibt der Marchese — welche notorisch ihren Grund in Gebietsveränderungen hat, die mit meinen religiösen und politischen Ueberzeugungen unvereinbar sind und gegen welche ich in öffentlicher Versammlung zu protestiren nicht unterlassen habe, legt mir die für mich peinliche Verpflichtung auf, aus einem hochachtbaren Körper auszuscheiden, welchem anzu gehören ich mir stets zu hohen Ehren angerechnet habe.“

In der Nacht vom 3. auf den 4. April erfolgte in den Bureau des Garibaldi'schen Hilfskassen (in Genoa) eine Hausdurchsuchung, die 6 Stunden dauerte, und über deren Zweck und Erfolg noch ein Schleier ruht.

Aus Rom wird der „N. Z.“ geschrieben: Graf Cavour sandte einen Verwandten, einen gewissen Gr. Benso, hieher, um das hiesige Revolutions-Comité zu ermutigen und Hilfgelder zu vertheilen. Die römische Polizei läßt ihn indeß nicht aus den Augen, und er soll bereits den Befehl zur Abreise erhalten haben.

Der „Ami de la Religion“ hat folgende Depesche von Rom erhalten: „Die Dmnaht, welche den h. Vater bei der Messe in der Sixtinischen Kapelle überfiel, war das vorgängige Symptom eines leichten und unehaltenen Fiebers, von einem, allem Anschein nach rheumatischen Charakter. Die Ärzte haben einstimmig erklärt, daß es von den während der heiligen Woche ertragenen langen und zahlreichen Ermüdungen, so wie von zurückgetretener Transpiration herrühre.“

Der König Franz II. soll seine römische Befestigung, den Palast Farnese, welchen er zuerst der Königin Sibilla angetragen, nunmehr an den Kaiser Napoleon verkauft haben.

#### Rußland.

Die Aenderung in dem Tone der Warschauer Correspondenzen ist beachtenswerth. Die Sympathien scheinen nun, wo die ertheilten Concessionen sich als nutzlos erweisen, zu schwinden und h'n und wieder trifft man Berichte, in welchen die Absichtlichkeit der Provocationen tadelnd hervorgehoben wird. So schreibt ein sonst sehr polenfreundlicher Corr. der „Schles. Zig.“ über die Vorgänge am 7. und 8. d. Als das Volk gestern (7.) auf dem großen Kirchhofe vor der Stadt die Gebete verrichtet hatte, wollte man auch noch in relativer Weise eine Demonstration in der Stadt ausführen, worüber auf dem Kirchhofe die Verordnungen schon erfolgt waren. Sämmtliche fromme Peter Feinden vom Kirchhofe, die polnische Nationalhymne singend, mit grünen Zweigen zurück und waren bereits, sich um 3 Uhr auf der Mojmowicka einzufinden, wo das prächtige Gebäude des Credit-Instituts sich befindet. Die Einladung ward sehr gut befolgt, so daß gegen 10,000 Menschen sich einfanden, freilich meist aus den untersten Klassen, doch wohl postirt, so daß die Kinder und Straßensungen die äußeren Reihen bildeten. Das polnische Nationallied spielte dabei eine große Rolle und Bivat Polen! erscholl es aus

Tausend Kehlen. Doch man wollte auch den Präses des agronomischen Vereins, dem so braven Grafen Samojewski, ein Bivat bringen und ein großer Theil zog vor sein Palais und brachte ihm ein Hurrah, daß man es eine Viertelstunde weit hörte, obgleich er sich nur nolens volens zu dieser Ovation hergab. Dann zog man zurück zum Credit-Institut und bekränzte das verdeckte das russische Wappen mit dem polnischen Adler, und brachte darauf wahrscheinlich zum Schutz desselben, ein Heiligenbild an. Von dort ging die Masse durch den sächsischen Garten z. nach dem Schlosse (wo der Fürst residirt) und obwohl der Platz vor demselben sehr geräumig ist und sehr breite Straßen daran stoßen, war doch alles nur ein Menschenknäuel. Die Massen wurden von der Polizei aufgefordert, sich zu entfernen — doch ohne Erfolg. Der Fürst erschien selbst, das erste Mal zu Fuß, das zweite Mal zu Pferde, wurde jedoch sehr respectlos behandelt und man wollte nicht eher den Platz verlassen, bis alles Militär weggezogen sei. (Es waren gegen 600 Mann aufgestellt.) Auch dieser Wunsch wurde erfüllt und so verließ sich die Masse, und der gestrige Tag ging somit ruhig vorüber, nachdem man den abgezogenen Truppen noch einige Hurrah's nachgerufen hatte. — Dieses gestrige Nachgeben und diese schonende Milde haben jedoch sehr schlechte Wirkung gehabt. Heute Nachmittag gegen vier Uhr sammelten sich ungeheure Massen vor dem Schlosse und in den benachbarten Straßen. Es wurden nach der bisher besetzten Methode der Güte alle Versuche gemacht, diese zu zerstreuen und auf friedlichem Wege Ruhe und Ordnung zu erhalten. Es wurde dreimal (wie es auch in Preußen üblich ist) die Ausrufbrücke verlesen, nach Trommelschlag z. — jedoch die Masse antwortete mit Pfeifen, Schreien und zuletzt sogar mit Steinwürfen. Hierauf schickte man die Gendarmen mit der Ordre vor, die störende Klänge zu gebrauchen und die Haufen zu zerstreuen. Dies hatte indeß nur die Wirkung, daß die vordersten Reihen sich zurückzogen und andere aus der Mitte sich hervordrängten mit Heiligenbildern und religiösen Abzeichen. Auch die Kosaken, welche jetzt beordert wurden, richteten Nichts aus. Endlich rückte die Infanterie mit ihren Kolben vor, doch ohne zu schießen oder zu stoßen; aber die Priester mit ihren Heiligenbildern stellten sich vor und man suchte unter dem Deckmantel der Religion jedem Angriff Trost zu bieten. Als der Unmuth der Truppen durch 2 Stunden auf alle nur mögliche Weise provocirt worden war, wurde noch einmal verkündigt: Wir werden schießen — und so geschah es — doch nur in die Luft. Nun erfolgten jedoch Schüsse aus benachbarten Häusern und Steinwürfe, so daß eine Anzahl Soldaten schwer und leicht verwundet und zwei Soldaten getödtet wurden. Nunmehr wurde scharf auf die Massen und in die Häuser geschossen, aus den 8 Schüssen gefallen waren. Bis jetzt Abends 10 Uhr zählt man etwa 15 Getödtete von Seiten des Volks. Daß man aber viele dabei arretirt hat, können Sie sich wohl denken. Außer den oben erwähnten Soldaten beim Straßenkampf sind auch noch mehrere in andern Straßen für den Augenblick leben wir im Belegungsstande, obgleich er noch nicht erklärt ist. Doch befinden sich auf allen Plätzen und allen Ecken der Hauptstraßen starke Posten und die Ruhe scheint gesichert. Vielleicht hören sie von Kanonenschüssen aus der Citadelle. Die waren bloß Alarmsignale für das zerstreute kasirte Militär.

Ueber die Auflösung des landwirthschaftlichen Vereins des Königreichs Polen schreibt der Warschauer Corr. der „Schl. Z.“: Die Bestürzung ist allgemein. Aufgeklärt wird die Sache einigermaßen durch eine Mittheilung im Auftrage des Cultusministers, welche die Zeitungen unmittelbar nach der Auflösungsverordnung des Administrationsrathes bringen. In dieser Mittheilung heißt es, daß der Oberhirt einer Diocese, nachdem er eine Aufforderung an seine Geistlichkeit gerichtet und der Regierung ordnungsmäßig angezeigt hatte, worin er die Beruhigung der Gemüther und das Vertrauen zu den Landesbehörden anempfahl, wenige Tage darauf ein der Regierung nicht mitgetheiltes Schreiben an seine Geistlichkeit gerichtet habe, worin er letztere aufforderte, von dem Adel die Unbill abzunehmen, welche die Feinde desselben anthaten, indem sie behaupten, daß nicht der Adel, sondern die Regierung die Bauern mit adeligem Grund und Boden besenke; das solle man jetzt beim Sacrament der Buße dem Volke verkündigen. In demselben Sinne hätten mehrere Geistliche, unter dem Einflusse einiger Correspondenten und Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins, dem Landvolk von den Kanzeln herab eine Bekanntmachung des landwirthschaftlichen Vereins verlesen, nach deren Annullirung durch die Regierung jedoch der Cultusminister den Geistlichen eine den Stand der Ablosungsfrage nach Recht und Billigkeit erklärende Ankündigung übersandt hatte. Inzwischen seien durch die Verkündigung jenes Circulars des landwirthschaftlichen Vereins in mehreren Gemeinden, namentlich in Niedrzwyzce (des Grafen Potocki) Unruhen ausgebrochen. Von den gedachten geistlichen Ueberhirten — gemeint ist der Ploher Bischof Myslinski — seien mehrere Aufforderungen eingefordert worden. Das Document schließt mit folgenden Worten: „Die der Geistlichkeit in kirchlichen Angelegenheiten zustehende Freiheit bewahrend und das Vorgehen eines Diocesan-Vorgesetzten von dem geistlichen Benchmen der bedeutenden Arbeit unserer Geistlichkeit unterscheidend, wird die Kirche nicht gleichzeitig sein gegen irgend jemandes Eingriffe in Lande-Angelegenheiten.“

Der Schles. Zig. wird aus St. Petersburg vom 3. d. geschrieben: Die Maßregeln in Bezug auf die Durchführung der Bauern-Emancipation sind, wie man nicht leugnen kann, vortrefflich angeordnet, und da die Gutsherrscher das lebhafteste Interesse daran haben, es zu keinen Unordnungen kommen zu lassen, die Beamten überall auf das Genaueste instruirte und

mit hinreichenden Vollmachten versehen sind, die Geisteskräfte endlich, welche an dem Emancipationswerk immer einen lebhaftesten Antheil genommen hat und auf die Bauern einen bedeutenden Einfluß übt, diese jetzt in Bewegung setzt, so ist die Hoffnung auf eine ruhige Erledigung sehr begründet. — Die Leibeigenschaft ist übrigens so mannigfaltige Wurzeln getrieben, daß immer noch nachträgliche Ulfase erscheinen, durch welche eine oder die andere Klasse, welche bisher vergessen war, besonders emancipirt wird.

Nach einem Berichte des Generalmajor Kämpfert aus dem Kaukasus ist es gelungen, den Chef des letzten Aufstandes in Tschikari, einen gewissen Baissangur, mit seiner ganzen Familie aufzuheben.

#### Amerika.

Im Widerspruche mit einer früheren Mittheilung wird der „Hamb. Vbr.-H.“ jetzt gemeldet, daß der Convent von Louisiana nach lebhafter Debatte die Verfassung der südlichen Conföderation mit 100 gegen 7 Stimmen ratificirt habe. — Der Convent von Arkansas, der Anfangs die Ordonnanz wegen des Ausscheidens dieses Staates aus der Union mit 39 gegen 35 Stimmen verworfen hatte, ist definitiv zu dem Beschlusse gelangt, die Frage zur Abstimmung im Volke zu bringen. Diese Abstimmung soll am ersten Montag im August stattfinden. — Der Convent von Missouri hat sich bis zum dritten Montag im December vertagt. — Der Convent von Virginien ist noch zu keinem Beschlusse gelangt. — In Texas ist der Stuhl des Gouverneurs für vakant erklärt worden. Was der Gouverneur General Houston in Folge dieses Beschlusses thun wird, ist noch nicht bekannt.

#### Local- und Provinzial-Nachrichten.

##### Krakau, 11. April.

\* Fürst Leo Sapieha hat die in dem Wahlkörper des großen Grundbesitzes im Wahlkreise Krakau auf ihn gefallene Wahl zum Landtagsabgeordneten angenommen. Dadurch wird die Vornahme neuer Wahlen der Landtagsabgeordneten desselben Wahlkörpers in den Wahlkreisen Byczan, Brzyslaw, Gortkow, Zarnopol und Zolotow, wo Fürst Sapieha ebenfalls gewählt wurde, null und nichtig und wurde für Byczan der 12. April die übrigen denannten Wahlkreise hingegen der 15. April d. J. als Wahltag bestimmt.

+ Scribes „Das Wasser“, ein Gemeingut aller Theaterperioden seit vielen Jahr und Tag, wurde auch hier wieder einmal mit neuer Einföhrung auf die Scene gebracht. In der Rolle des liebenswürdigen Volimbrose, welchen der unvergessliche Mime Seydelmann zum unvergänglichen Typus gestaltet, zeigte Hr. K. Królowski die glücklichen Resultate einer guten Schule. Neben diesem unermüdlich wirkenden Regisseur, der zu seinem neuen Benefiz, in Majeranowski's Gräbde aus dem Leben „Kosmische des Großen“ den Hellscheit würdig vertretend hatte, zeichnete sich immer durch continuiertes Spiel Hr. Hofmann als Herzogin Marlborough aus. S. Vanda, Hr. Scharf und Wiedrońska trugen zum Gelingen des Ganzen ebenso bei, als ihre Rollen des Maßhans, der Königin und Abigail für die Wissenschaft des Bruchwortes „Kleine Ursachen, große Wirkungen“ unentbehrlich sind. Das vorgeführte Benefiz des Komikers Hrn. W. Dobicki bildete mit dem bekannten Lustspiele von Krogenski „Hierzuj Mama“ die von Beneficianten für die hiesige Bühne polnisch beehrte aus dem deutschen Theater bekannte Wiener Blüthe „der Word in der Kohnler-Jergasse“, deren localisirte Travestirung den Titel führt: „Mordestwo na Wesołosci“. Die kaum begonnene Vorstellung dieses Lustspiels unterbrach die eben angelangte Nachricht von den letzten Warschauer Ereignissen, in Folge deren das Publikum das Theater verließ.

+ In dem Dorfe Kromodrza nahe bei Krakau brach gestern Abend um 8 1/2 Uhr eine schreckliche Feuerbrunst aus. Die Pöbe bedeckte weithin den Horizont, bis weit in die Umgegend schallte das herzerweichende Geschrei der unglücklichen Abbrändler, das Gebüll des Viehes, das Heulen der Hunde herüber. Bis nach 10 Uhr hatte das Feuer, soviel wir von Augenzeugen vernommen, 7 Gehöfte verzehrt. Mangel an Wasser verhinderte trotz der Windstille und der herbeistühenden Feuerpomp die schnelle Unterdrückung des Feuers. Menschenleben sollen glücklicherweise nicht zu beklagen sein.

Die alljährliche übliche Pfänder-Lotterie-Ziehung zu Gunsten der, unter Debut des Wohlthätigkeits-Vereins stehenden Armen, welche heute abgehalten werden sollte, ist bis zur Marktzeit verschoben.

#### Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Die Herr. Creditbank wird der am 15. April zusammengetretenen Generalversammlung den Bericht für das vergangene Jahr vorlegen. Die Bilanz ergibt einen Reingewinn von nicht mehr als 2,545,894 fl., wonach die Actionäre für das vergangene Jahr nur Vier Procent erhalten, wofür nicht, wie das allerdings in Abzucht des Verwaltungsgewinns liegt, 822,513 fl. betragende Reservefond angegriffen wird. Dieses unerfreuliche Ergebnis ist namentlich durch den Verlust herbeigeführt, welchen die Anstalt am Course ihrer 42,000,000 fl. betragenden Effecten erlitten hat, und der sich auf nahezu ein Millon Gulden (genau 998,326 fl.) beläuft. In ihren Geschäftsverhältnissen erlitt die Anstalt außerdem einen Verlust von 103,093 fl. und hat auch noch (wahrscheinlich für dubiose Papiere) 158,000 fl. für eventuelle Verluste reservirt. Der Effectenbesitz der Anstalt umfaßt 11 1/2 Millionen fl. Staatspapiere, 16 1/2 Millionen fl. Industriepapiere (namentlich 10 Millionen fl. Eisenbahnpapiere), 3 1/2 Millionen Nordbahnactien, 1 Million fl. Parubitzer Bahnactien und 13 1/2 Millionen fl. Creditloose.

— Am 6. April fand die Eröffnung der Straßburg-Kehler Verbindungslinie und der Rheinbrücke statt. In 18 Minuten war der Weg von dem Central-Bahnhofe nach Kehl zurückgelegt.

Paris, 9. April. Schluss-Course: 3proz. 67.55. — 4 1/2proz. 98.20. — Staatsbahn 457. — Credit-Mobilier 643. — Lomb. 457. — Deffere. Credit-Aktien fest. — Consols mit 91 1/2 gezahlt. — Geschäfte lebhaft. Haltung matt.

Wien, 10. April. National-Anlehen zu 5% 75. — Geld-Weise 75.10 Waare. — Neues Anlehen 63. — G. 83.25 W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 61. — G. 61.75 W. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 695. — G. 697. — W. — Der Credit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 155.70 G. — W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. österr. W. 200.6. — G. 200.7. — W. — der Galiz.-Karlsb. Bahn zu 200 fl. österr. W. 140 (70%) Einz. 156. — G. 156.50 W. — Wechsel auf (3 Monate). Frankfurt a. M. für 100 Gulden südd. W. 129.25 G. 129.50 W. — London, für 100 Pfd. Sterling 152. — G. 152.25 W. — A. Mindulater 7.18 G. 7.19 W. — Kronen 20.90 G. 20.93 W. — Napoleond'ors 12.13 G. 12.15 W. — Russ. Imperiale 12.45 G. 12.47 W. — Vereinshaler 2.27 G. 2.27 1/2 W. — Silber 151. — G. 151.50 W.

Krakauer Cours am 10. April. Silber-Münze Agio fl. poln. 111 verl. fl. poln. 109 ag. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 310 verlangt, 302 bezahlt. — Prem. Courant für 150 fl. österr. Währung 66 1/2 verlangt, 65 1/2 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 131 verlangt, 149 1/2 bez. — Russische Imperiale fl. 12.40 verl., 12.30 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 12.10 verlangt, 11.90 bezahlt. —

Vollwichtige holländische Dukaten fl. 7.03 verl., 6.93 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 7.17 verl., 7.07 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. v. 100 verl., 99 1/2 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in österr. Währung fl. 83 1/2 verl., 82 1/2 bez. — Galizische Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in Conv.-Münze fl. 87 1/2 verlangt, 86 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen in österreichischer Währung fl. 64. — verlangt, 63. — bezahlt. — National-Anlehen von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 78. — verlangt, 74. — bezahlt. Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung 70% fl. österr. Währ. 158 verl., 156 bez.

#### Neueste Nachrichten.

Wien, 10. April. Der seit gestern hier anwesende Jüder-Curio, Graf Apponyi, hat mehrfache Conferenzen mit dem Minister ohne Portef., Grafen Ezejen, sowie mit andern Würdenträgern gehabt. In einer Audienz erstattete der Jüder Cur. Sr. Maj. Bericht über die Eröffnung des ungarischen Landtages. Die H. H. Minister v. Schmerling und P. v. Schmerling morgen nach Prag ab. Der Bundespräsident sandte Bar. Rübedt hatte gestern noch eine längere Besprechung mit dem Grafen Rechberg, an welcher auch der preuß. Gesandte Bar. Werther theilnahm. Bar. Rübedt reist heute Abends nach Frankfurt ab. Der H. Statthalter Graf Mensdorff wird sich nächste Woche auf seinen Posten nach Lemberg begeben.

Telegraphische Berichte über Landtagsitzungen: Wien, 10. April Abends. In der heutigen Sitzung des Landtags für Nieder-Österreich wurde die Wahl des Herrn August Bang einstimmig für gültig erklärt. Ein Antrag auf Aenderung des Paragraphen der Wahlordnung über die Nichtwählbarkeit eines wegen Uebertretung mit Arrest bestraften wurde beschloffen, ebenso ein Antrag Bresels, daß die zur Wahl qualifizirende Abgaben zahlenden Frauen sowohl das persönliche als das durch Bevollmächtigung auszuübende Stimmrecht haben.

Prag, 10. April. Auf die Tagesordnung der morgigen Landtagsitzung kommen: Eine Adresse an Sr. Majestät, eine Adresse des Erzbischofs betreffs der Krönung des Kaisers als König von Böhmen in Prag. Rieger stellte einen Antrag betreffs Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit der Landtagsabgeordneten.

Salzburg, 10. April. In der heutigen Landtagsitzung wurde Sr. Excellenz Minister Ritter v. Effer, Prälat Eber und Mathias Schönlager als Abgeordnete zum Reichsrathe gewählt.

St. Petersburg, 10. April. Das heutige „Journal de St. Petersburg“ meldet über die Vorgänge in Warschau am 8. Eine vor dem Schlosse versammelte große Menschenmasse wurde mit bewaffneter Macht zerstreut. Der Conflict erneuerte sich mehrmals. Zehn Tödt, eben so viele Verwundete; 45 Verhaftungen. Fünf Soldaten wurden getödtet.

Nach einem Warschauer Privattelegramm des „Sz. 6“ von Dienstag Abend 8 Uhr hat Marquis Bielski die interimsische Leitung des Departements der Justiz übernommen. Nach mündlichen Nachrichten von Warschau hatten am Dienstag viele Verhaftungen stattgefunden. Die Zahl der Tödteten und Verwundeten wird auf 200 angegeben. Das Militär lagert fortwährend auf den Straßen und läßt nicht den geringsten Straßenaufbruch zu.

Von der polnischen Grenze 9. April wird gemeldet: Gestern soll in Warschau mehr als 100 Tödt auf dem Platze geblieben sein. Eine große Anzahl von Einwohnern hat sich in die Kirchen geflüchtet. — Man wollte wissen, die Regierung habe dem Grafen Samojewski einen Wink gegeben, Warschau zu verlassen, um ihn von allen Agitationen zu entfernen. Samojewski hat jedoch nicht Folge geleistet; man befürchtet seine Entfernung nach Rußland.

Icheve, 9. April. In der geheimen Sitzung der Stände hat die Schlußverhandlung über die Ausfuhranträge stattgefunden. Dieselben wurden sämmtlich einstimmig angenommen.

Aus Italien liegen folgende Nachrichten vor:

Turin, 9. April. (Ueber Paris.) In Folge der Interpellationen Vaccas: erneuert Graf Cavour seine jetzt abgegebenen Erklärungen bezüglich Roms. Der Senat nimmt die Tagesordnung: Vertrauen zum Ministerium und Nothwendigkeit, Rom zur Hauptstadt Italiens zu machen, an. Graf Cavour dementirt die Gerüchte von der Abtretung der Insel Sardinien an Frankreich.

Die „Perseveranza“ meldet aus Turin: Bei der in Neapel entdeckten Verschwörung wurden 1000 Gewehre und Munition vorgefunden und 43 Personen verhaftet. Die Unruhen in Caserta, Castiglione und Vico sollen bereits unterdrückt sein. Die Regierung handelt sehr energisch. Auch in den Provinzen werden die Spuren einer sehr weit verzweigten Verschwörung entdeckt. Man dringt auf die Entfernung der bourbonischen Truppen aus Neapel, weil man sie an der Verschwörung theilnehmend glaubt.

Neapel, 9. April. (Ueber Paris.) Eine strenge Untersuchung wurde angeordnet. In Caserta wurden 900 Flinten konfiscirt und 53 Verhaftungen vorgenommen. Die „Insurgenten“ haben Grausamkeiten begangen. In Castiglione wurden mehrere Individuen, welche wichtige Papiere bei sich führten, verhaftet. In Neapel hat eine unbedeutende Muratistische Manifestation stattgefunden, welche jedoch ohne weiteren Erfolg geblieben ist.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczel.

Verzeichniß der angekauften und Abgereichten vom 10. April.

Angekommen sind die Herren Gutsherrscher: Josef St. Wieloski a. Polen. Josef Komloski a. Mogilany. Mathias Góralski a. Galizien. Josef Komloski a. Egipt. Alexander Woloszewski a. Polen. Abgereicht sind die Herren Gutsherrscher: Franz St. Wielewski a. Galizien. Heinrich Brodski n. Tarnob. Stanislaus Wielewski n. Polen. Wladislaus Gibich n. Wien. Josef Komloski n. Galizien.



**E d v k t.**

Pachtlustige welche die Bedingungen in der Magistrate-Kanzlei einsehen können, werden eingeladen, mit 1/2 %adium versehen, in festgesetzten Terminen in der Magistrate-Kanzlei um 9 Uhr früh zur Licitation erscheinen zu wollen. K. k. Kreisbehörde.  
Keszów, am 8. März 1861.

1. Za cenę wywołania stanowi się 21,566 złr. 49<sup>4</sup>/<sub>8</sub> kr. w. a. pod którą ceną połowa rzeczona także sprzedana zostanie.

	Befund	Gerührung der
--	--------	---------------

Druckerei-Geschäftsleiter: Anton Bother

Meteorologische Beobachtungen								
Stunde	Barom.-Höhe auf im Paralle. Ein- 1° Meaum vor	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Dichtung und Siedp. des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Anmerkung der Wetter im Laufe d. Tage von bis	
10	333.83	+ 7.4	50	Op schwach	heiter m. Wolken		+2.4	+0.9
10	32.07	+ 3.0	73	"	"			
11	33.09	+ 0.4	93	Reif "	" "			